

Anwälte haben viel Gesprächsstoff

An der 117. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Anwaltsverbandes (SAV) im Stadttheater herrschte unter den Anwälten Einigkeit. Trotzdem sorgen einige Entwicklungen für Missmut unter den Juristen in der Schweiz.

Christoph Merki

SCHAFFHAUSEN. Weder statutarisch noch sonst irgendwo sind innerhalb des SAV die Rechte des amtsältesten Kantonalpräsidenten niedergeschrieben. Trotzdem ist die langjährige Tätigkeit von Jens Onnen nicht unschuldig daran, dass die gestrige Delegiertenversammlung im Stadttheater Schaffhausen durchgeführt wurde. Seit 19 Jahren amtiert er nämlich schon als Präsident der Schaffhauser Anwaltskammer.

Die Vorzüge von Schaffhausen verdeutlichte noch vor der offiziellen Versammlung Regierungspräsident Christian Amsler. Nebst den touristischen Vorzügen des nördlichsten Kantons der Schweiz betonte er vor den Juristen auch die Qualität der Schaffhauser Bürger: «Wir machen nur ein Prozent der Bevölkerung der Schweiz aus», erklärte er und unterstrich, «aber ein verdammtes gutes Prozent.»

Als Präsident des SAV führte der Zürcher Urs Haegi durch die Versammlung. Er konnte insgesamt 137 Delegierte aus 23 Kantonalverbänden in Schaffhausen begrüßen. Zumindest innerhalb des Verbandes schienen sich die Anwälte einig zu sein. Die statutarischen Traktanden wurden allesamt einstimmig genehmigt. Dennoch, Diskussionsstoff gibt es durchaus, wie Haegis Bemerkungen zum Jahresbericht verdeutlichten. Dazu gehört aber nicht in erster Linie die Datenschutz-Grundverordnung, welche von der EU im Mai in Kraft gesetzt wurde. Vielmehr machen den Schweizer Anwälten die neue Eidgenössische Zivilprozessordnung, der Nachwuchs und das digitale Zeitalter zu schaffen.

Bevor das Gericht überhaupt auf eine Zivilklage eingeht, muss der Kläger heute



einen relativ grossen Vorschuss leisten. So werde es für den Mittelstand immer schwieriger, sich die gerichtliche Beurteilung zu leisten. Paradoxerweise sei dies für die mittellose Gesellschaftsschicht weniger problematisch, da diese Anspruch auf eine unentgeltliche Prozessführung habe. Diesen Aspekt wolle der SAV im Rahmen der Revision der Zivilpro-

Der Präsident des Schweizerischen Anwaltsverbandes, Urs Haegi, und der altgediente Präsident der Schaffhauser Anwaltskammer, Jens Onnen (r.).

BILD CHRISTOPH MERKI

zessordnung versuchen zu ändern, wie Haegi meinte.

Unmut sei bei den Gesprächen mit den Kantonalverbänden auch in Anbetracht des Juristennachwuchses zu spüren. Bei den Hochschulabsolventen seien Defizite im Bereich des Obligationen- wie auch des Strafrechts zu vermerken. Haegi führte dies auf den gesellschaftlichen Wandel und

die sozialen Medien zurück. «Wir müssen die Leute dazu erziehen, wieder längere Texte schreiben und lesen zu können.» Diese Tendenz konnte auch Jens Onnen bestätigen. Er sieht den Grund für die Wissensdefizite im universitären Bologna-System. Es sei die logische Konsequenz eines modular aufgebauten Studiums. «Der Mensch ist immer noch gleich gut, aber die Absolventen sind systembedingt nicht mehr auf dem gleichen Wissensstand wie zu Zeiten des Lizentiats», erklärte Onnen.

Ebenso bereitet dem SAV das Anwaltsgeheimnis Kopfzerbrechen. Vor allem seit der Veröffentlichung der Panama Papers sei der Druck auf die Anwälte gestiegen.

«Wir müssen die Leute dazu erziehen, wieder längere Texte schreiben und lesen zu können.»

Urs Haegi
SAV-Präsident

«Wir werden keinen Schritt vom Anwaltsgeheimnis abweichen», meinte Haegi kämpferisch.

Unter dem Schlagwort Justitia 4.0 sollen cloudähnliche Lösungen gefunden werden, damit die Gerichtsakten nicht mehr alle auf Papier eingereicht und archiviert werden müssen. Der gesamte Rechtsverkehr solle in Zukunft elektronisch abgewickelt werden können. Angestrebt wird eine nationale Lösung. Hierfür ist aber nebst einem Kredit und einer Gesetzesänderung das Vertrauen in die digitale Technik nötig, was bei den Juristen aber anscheinend nicht überall vorhanden ist.